

Grundwissen Arzt Haftungsrecht

Gehrlein

4. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-79220-5
C.H.BECK

Grundwissen Arzthaftungsrecht

Von

Dr. Markus Gehrlein

Richter am Bundesgerichtshof a. D.

Honorarprofessor der Universität Mannheim

4. Auflage 2022


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:
Gehrlein, Grundwissen ArztHaftR Teil A Rn. 26


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 79220 5

© 2022 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen,
(Adresse wie Verlag)

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach

Umschlaggestaltung: Maria Seidel, atelier-seidel.de


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Arzthaftungsrecht kennt eine Vielzahl materiell- und verfahrensrechtlicher Besonderheiten, die sich nur schwer in die gewohnte Dogmatik einfügen. Dies beruht darauf, dass die Materie über viele Jahrzehnte reines Rechtsprechungsrecht darstellte, das erst durch das Patientenrechtegesetz im Rahmen der §§ 630a bis 630h BGB kodifiziert wurde. Vor diesem Hintergrund einer Verzahnung von Gesetz und Rechtsprechung braucht nicht eigens betont zu werden, daß eine fruchtbare und erfolgreiche Tätigkeit auf diesem Gebiet – ob als Rechtsanwalt, Richter oder Verbandsjurist – ein umfassendes Verständnis der Gesamtzusammenhänge voraussetzt.

Ziel der vorliegenden Schrift, die dank einer freundlichen Aufnahme durch die Leserschaft zwei Jahre nach der Voraufgabe erscheint, ist es, mit Hilfe einer engmaschigen Systematisierung die Strukturen des Arzthaftpflichtrechts aufzuschlüsseln und ihre praktische Handhabung zu vermitteln. Die zahlreichen Gliederungspunkte sollen die Übersichtlichkeit und das Eindringen in die einzelnen Problemkreise erleichtern. Unter Berücksichtigung der mit dem Patientenrechtegesetz verbundenen Neuerungen wie auch der Schuldrechts- und ZPO-Reform wird eine komprimierte Zusammenfassung des gesamten Arzthaftungsrechts gegeben. Seine Systematik und Zusammenhänge werden unter besonderer Betonung der weiterhin maßgebenden höchstrichterlichen Rechtsprechung dargestellt. Ausgehend von den Anspruchsgrundlagen, die sowohl vertraglicher (§ 630a BGB) als auch eine deliktischer (§ 823 Abs. 1 BGB) Natur sind, wird die Haftung für Behandlungsfehler und für Aufklärungsmängel unter besonderer Berücksichtigung der Beweislastregeln erörtert. Schließlich werden prozessuale Besonderheiten des Arzthaftungsprozesses in den Blick genommen. Auf diese Weise kann der Rechtsanwender erkennen, gegen wen und auf welcher Rechtsgrundlage Ansprüche wegen fehlerhafter ärztlicher Behandlung erhoben werden können. Soweit für das rechtliche Verständnis von Bedeutung, werden medizinische Beispiele in die Darstellung einbezogen.

Landau, im April 2022

Markus Gehrlein

Vorwort zur 1. Auflage

Das Arzthaftungsrecht kennt eine Vielzahl materiell- und verfahrensrechtlicher Besonderheiten, die sich nur schwer in die gewohnte Dogmatik einfügen. Dies beruht darauf, dass die Materie über viele Jahrzehnte reines Rechtsprechungsrecht darstellte. Im Rahmen des am 26. Februar 2013 in Kraft getretenen Gesetzes zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten vom 20. Februar 2013 (BGBl. I S. 277) hat der Gesetzgeber das Arzthaftungsrecht nunmehr im Rahmen der §§ 630a bis 630h BGB kodifiziert. Die neuen Regelungen zum Behandlungsvertrag sollen Informations- und Aufklärungspflichten gegenüber der Patientin und dem Patienten, die Pflicht zur Dokumentation der Behandlung und das Akteneinsichtsrecht der Patientin und des Patienten sowie die Grundzüge der Beweislast bei Fehlern festlegen. Außerdem sollen mit der Kodifizierung Unklarheiten beseitigt werden, die sich aus der bisherigen Rechtsprechung ergeben haben.

Vor diesem Hintergrund einer Verzahnung von Gesetz und Rechtsprechung braucht nicht eigens betont zu werden, daß eine fruchtbare und erfolgreiche Tätigkeit auf diesem Gebiet – ob als Rechtsanwalt, Richter oder Verbandsjurist – ein umfassendes Verständnis der Gesamtzusammenhänge voraussetzt. Ziel der vorliegenden Schrift, die frühere Darstellungen des Verfassers zusammenführt, ist es, mit Hilfe einer engmaschigen Systematisierung die Strukturen des Arzthaftpflichtrechts aufzuschlüsseln und ihre praktische Handhabung zu vermitteln. Die zahlreichen Gliederungspunkte sollen die Übersichtlichkeit und das Eindringen in die einzelnen Problemkreise erleichtern. Unter Berücksichtigung der mit dem Patientenrechtgesetz verbundenen wesentlichen Neuerungen wie auch der Schuldrechts- und ZPO-Reform wird eine komprimierte Zusammenfassung des gesamten Arzthaftungsrechts gegeben. Seine Systematik und Zusammenhänge werden unter besonderer Betonung der weiterhin maßgebenden höchstrichterlichen Rechtsprechung dargestellt. Ausgehend von den Anspruchsgrundlagen, die sowohl vertraglicher (§ 630a BGB) als auch deliktischer (§ 823 Abs. 1 BGB) Natur sind, wird die Haftung unter besonderer Berücksichtigung der Beweislastregeln erörtert. Schließlich werden prozessuale Besonderheiten des Arzthaftungsprozesses in den Blick genommen. Auf diese Weise kann der Rechtsanwender erkennen, gegen wen und auf welcher Rechtsgrundlage Ansprüche wegen fehlerhafter ärztlicher Behandlung erhoben werden können. Soweit für das rechtliche Verständnis von Bedeutung, werden medizinische Beispiele in die Darstellung einbezogen.

Landau, im März 2013

Markus Gehrlein

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
A. Behandlungsverhältnis	1
I. Vertragliche Grundlagen der ärztlichen Behandlung	1
1. Behandlungsvertrag (§ 630a BGB)	1
a) Vertragspartner	1
b) Behandlungspflicht	2
c) Abgrenzung zum Werkvertrag	3
d) Vergütungspflicht	3
aa) Privatpatient	3
(1) Ambulante Behandlung	3
(2) Wahlleistungen bei stationärer Behandlung ..	4
bb) Kassenpatient	5
(1) Ambulante Behandlung	6
(2) Stationäre Behandlung	7
cc) Eintritt eines Trägers der Sozialhilfe	7
(1) Ausnahme direkter Inanspruchnahme des Patienten: Wegfall der Behandlungsbedürftigkeit	7
(2) Ausnahme direkter Inanspruchnahme des Patienten: Weder Krankenversicherung noch Sozialhilfeberechtigung	7
dd) Hinweispflicht über finanzielle Folgen der Behandlung	8
(1) Gesetzlich versicherter Patient	9
(2) Privat versicherter Patient	9
(3) Wegfall der Informationspflicht	10
(4) Verzicht des Patienten	10
(5) Form	11
(6) Kausalität	11
(7) Rechtsfolgen	12
2. Hoheitliches Handeln	12
II. Haftung Dritter als Honorarschuldner	14
1. Vertrag zugunsten Dritter	14
2. Schlüsselgewalt	15

III. Überweisung des Patienten an anderen Arzt	15
IV. Praxisgemeinschaft, Gemeinschaftspraxis, Urlaubsvertretung	16
1. Praxisgemeinschaft	16
2. Gemeinschaftspraxis	16
3. Urlaubsvertretung, Notfalldienst	17
V. Rechtliche Gestaltungsformen stationärer Behandlung	17
1. Grundkoordinaten	17
2. Totaler Krankenhausvertrag	18
3. Totaler Krankenhausvertrag mit Arztzusatzvertrag	19
4. Gespaltener Krankenhausvertrag: Belegstation	20
a) Trennung zwischen Vertragsleistungen von Belegarzt und Krankenhaus	20
b) Haftungskreis des Belegarztes	20
c) Haftung des Krankenhausträgers	21
d) Haftung für Hebamme	21
e) Keine Hinweispflicht über Haftungsverhältnisse	22
5. Inanspruchnahme des falschen Klinikträgers	23
6. Vertragsbeziehungen in der Krankenhausambulanz	23
7. Gesamtschuldnerausgleich zwischen mehreren Ärzten ..	24
VI. Wegfall des Honoraranspruchs	25
1. Behandlungsmisserfolg	25
2. Kosten einer Zweitbehandlung	26
VII. Vertragskündigung	27
1. Freie Kündigung	27
2. Vergütungsfolgen	28
a) Rückgewähr von Vorauszahlungen für nicht mehr erbrachte Dienste	28
b) Rückgewähr von Zahlungen bei von Dienst- verpflichtetem schuldhaft veranlasster Kündigung ...	28
VIII. Haftungsbeschränkung	29
1. Formalarmäßiger Haftungsausschluss	29
2. Individueller Haftungsausschluss	29
3. Vergleich	30
4. Mitverschulden des Patienten	30
IX. Anspruch des Patienten auf Einblick in Krankenunterlagen	31
1. Reichweite des Einsichtsrechts	31
a) Konkrete gesundheitliche Gefährdung	31
b) Mögliche gesundheitliche Gefährdung	31
c) Stabiler Gesundheitszustand	32
d) Belange Dritter	32

2. Einsichtsrechte von Erben	32
3. Durchführung der Einsichtnahme	33
a) Ort der Einsichtnahme	33
b) Abschriften	33
X. Deliktische Haftung	34
1. Haftung kraft Garantenstellung	34
2. Ansprüche naher Angehöriger wegen Schockschaden ..	35
a) Rechtliche Grundlagen	35
b) Zurechnungszusammenhang	36
aa) Grundsätze	36
bb) Zurechnung bei Fehlebehandlung eines nahen Angehörigen	37
XI. Anwendbares Recht bei Auslandsberührung	37
XII. Schmerzensgeldbemessung	38
1. Geburtsschaden	38
2. Zerstörung der Persönlichkeit	39
XIII. Kein Schmerzensgeld für leidensbehaftetes Weiterleben ...	40
1. Weiterleben kein Schaden	40
2. Schutzzweck der Norm	41
B. Haftung aus Behandlungsfehler	43
I. Haftungstatbestand	43
1. Strukturgleichheit zwischen PVV (§ 280 Abs. 1 BGB) und Delikt (§ 823 BGB)	43
2. Voraussetzungen einer Haftung wegen Behandlungsfehler	43
a) Begriff des Behandlungsfehlers	44
aa) Verstoß gegen ärztlichen Standard	44
bb) Beispiele	47
cc) Auffälligkeiten	48
dd) Besondere Erkenntnisse	49
ee) Verschulden	49
ff) Standard anderer als ärztlicher Gesundheitsberufe	50
b) Beweislast für Gesundheitsverletzung und Kausalität	51
aa) Grundsatz	51
bb) Hypothetische Kausalität	53
c) Ausnahme: Beweislastumkehr	53
3. Sekundärschäden	54
II. Arten von Behandlungsfehlern	55
1. Therapiewahl	55

2. Diagnosefehler	56
a) Zurückhaltung mit Vorwurf fehlerhafter Interpretation erhobener Befunde	56
b) Keine Befunderhebung	57
c) Diagnosemitteilung	57
aa) Grundsatz	57
bb) Unrichtige Mitteilung	58
3. Außenseitermethode, Heilversuch	58
4. Arbeitsteilung	60
a) Horizontale Arbeitsteilung	60
b) Überweisung	61
aa) Pflichten des hinzugezogenen Arztes	61
(1) Eigene Abklärung	61
(2) Mitteilung des Verdachts	61
bb) Pflichten des Hausarztes nach Rücküberweisung	62
cc) Zuziehung eines Konsiliararztes	62
c) Vertikale Arbeitsteilung	63
5. Zeitliche Nachfolge in der Behandlung	63
a) Fehlender Zusammenhang	64
b) Grober Fehler des nachbehandelnden Arztes	64
6. Informationspflichten (Therapeutische Sicherheitsaufklärung)	65
a) Allgemeines	65
b) Vertraglicher Charakter	66
c) Hinweispflichten	66
aa) Dringlichkeit einer Behandlung	67
bb) Nachsorge	68
cc) Medikation	69
dd) Bereits unterlaufener Behandlungsfehler	70
(1) Ausdrückliches Auskunftsverlangen des Patienten	70
(2) Gesundheitsgefahr	70
ee) Unterrichtung über Befunde und Prognosen	70
d) Beweislast	71
e) Entbehrlichkeit der Informationspflicht	72
7. Verkehrssicherungspflicht	72
a) Patientensicherung	72
b) Organisationspflichten	73
8. Geburtsfehler	74
a) Vertraglicher Anspruch des Kindes	74
b) Mutterschaftsrichtlinien: Notwendigkeit einer Sonographie	74
c) Aufklärung über Möglichkeit einer Schnittenbindung	75

d) Fehlerhafte Schnittentbindung	77
e) Verzögerte Schnittentbindung	78
f) Haftung für Hebamme im Belegkrankenhaus	78
9. Fehlgeschlagene Sterilisation	79
a) Gültigkeit des Vertrages	79
b) Behandlungsfehler	79
aa) Fehlerhafter Eingriff	79
bb) Keine Belehrung über Versagerquote	80
(1) Umfang	80
(2) Beweislast	80
c) Umfang des Schadens	81
aa) Ansprüche der Mutter	81
bb) Ansprüche der Eltern	81
10. Fehlerhafter Schwangerschaftsabbruch	82
a) Früheres Recht	82
b) Heutiges Recht	83
aa) Indikationen	83
bb) Beratungslösung	84
c) Umfang des Schadens	84
d) Beweislast – Notwendigkeit eines Sachverständigengutachtens	85
11. Früherkennung einer genetischen Schädigung	85
a) Inhalt des Behandlungsvertrages	85
b) Beweislast	86
c) Umfang des Schadens	86
12. Nichterkennen einer Schwangerschaft	86
13. Verzug	87
III. Beweiserleichterungen	87
1. Grundsatz: Beweislast des Patienten	87
2. Dokumentationsfehler	88
a) Rechtliche Grundlagen der Dokumentationspflicht ..	88
b) Durchführung der Dokumentation	88
c) Aufbewahrungsfrist	89
d) Umfang der Dokumentation	89
e) Rechtsfolge von Dokumentationsversäumnissen	90
aa) Indizielle Wirkung	91
bb) Kausalität	92
cc) Ablauf der Aufbewahrungsfrist	92
f) Bestreiten der Richtigkeit der Dokumentation	92
3. Grober Behandlungsfehler	93
a) Begriffliche Definition	93
aa) Beispiele	94
bb) Zusammenwirken mehrerer Fehler	95

b) Beurteilungsgrundlage: Sachverständigengutachten ..	96
c) Kausalitätsvermutung	97
d) Ausnahmsweise keine Kausalitätsvermutung	99
aa) Teilkausalität	99
bb) Gänzlich unwahrscheinliche Kausalität	100
cc) Mitverschulden des Patienten	100
e) Sekundärschäden	100
4. Verstoß gegen Pflicht zur Erhebung und Sicherung von Befunden	101
a) Voraussetzungen	101
b) Beispiele	103
c) Pflicht zur Befundssicherung	106
5. Voll beherrschbare Risiken	106
a) Verantwortungsbereich des Klinikträgers	107
b) Fehler aus Krankenhaussphäre	108
aa) Hygiene	108
bb) Lagerungsschäden	109
cc) Funktionstüchtigkeit der Geräte	109
(1) Haftung des behandelnden Arztes	109
(2) Produkthaftung des Herstellers	110
dd) Pflegedienst	111
c) Reichweite der Beweiserleichterung	111
6. Anfängeroperation	112
7. Schadensersatzanspruch gegen Medikamentenhersteller	112
8. Anscheinsbeweis	113
C. Haftung aus Aufklärungsfehler	115
I. Haftungstatbestand	115
1. Die einzelnen Voraussetzungen	115
a) Unzureichende Aufklärung	115
b) Folge fehlerhafter Aufklärung: Rechtlich unbeachtliche Einwilligung	116
c) Ursächlicher Körperschaden	117
d) Beweislast	117
2. Zusammenwirken mehrerer Ärzte	118
II. Umfang der Aufklärung	118
1. Allgemeine Hinweispflichten	118
2. Risikoaufklärung	119
a) Zweck	119
b) Inhalt der Aufklärung	120
aa) Komplikationsdichte für Aufklärungspflicht nicht maßgeblich	120

bb) Fehlerhafter Hinweis auf Risikohäufigkeit	120
c) Medikation	122
d) Allgemeine Operationsrisiken	122
e) Reichweite der Aufklärung	123
3. Verlaufsaufklärung	123
a) Zweck	123
b) Misserfolgsrisiko	123
4. Aufklärung über Behandlungsalternativen	124
a) Gleichwertige Methoden	125
b) Unterschiedliche Chancen und Risiken	125
c) Anwendung nicht allgemein anerkannter Methode ...	126
d) Bedingte (relative) Operationsindikation	126
5. Kosmetischer Eingriff; Blutspende	127
6. Entbehrlichkeit einer Aufklärung	128
a) Gefahr eines Behandlungsfehlers	129
b) Bereits erfolgte Aufklärung	129
c) Aufklärungsverzicht	130
d) Therapeutisches Privileg	130
e) Nachträgliche Befunde	131
f) Unaufschiebbarkeit	131
III. Zeitpunkt der Aufklärung	131
1. Stationäre Eingriffe	132
2. Ambulante Eingriffe	133
3. Operationserweiterung	133
IV. Aufklärung über Person des behandelnden Arztes	134
1. Totaler Krankenhausvertrag	134
2. Arztzusatzvertrag	135
V. Erteilung der Aufklärung	136
1. Aufklärung „im Großen und Ganzen“	136
2. Keine Verharmlosung	137
3. Telefonische Aufklärung	138
4. Ausländer	138
5. Aufklärungspflichtiger	138
a) Delegation	138
b) Haftung des zur Aufklärung eingesetzten Arztes	139
VI. Aufklärungsadressat	140
1. Minderjährige	140
a) Geburt	141
b) Kinder	141
aa) Routineeingriff	141
bb) Eingriffe schwererer Art	141
cc) Gravierende Eingriffe	141

c) Mitwirkung des Minderjährigen	142
2. Heranwachsende	142
VII. Einwilligung des Patienten	143
1. Einwilligungsfähigkeit	143
2. Einwilligung durch Vertreter des Patienten	143
3. Mutmaßliche Einwilligung bei unaufschiebbaren Maßnahmen	144
VIII. Beweislast	144
1. Grundsatz	144
2. Beweismaß	145
a) Vertrauensvorschuss für Arzt	145
b) Aufklärungsformulare	146
3. Hypothetische Einwilligung	147
a) Prüfungsreihenfolge	149
b) Entscheidungskonflikt	149
c) Persönliche Anhörung des Patienten	151
d) Beweislast des Arztes	153
4. Rechtliche Besonderheiten bei Lebendorganspende	154
a) Formelle Anforderungen der Aufklärung	154
b) Verstoß gegen Form- und Verfahrensvorschriften	154
c) Keine Hypothetische Einwilligung	155
IX. Haftungsbegrenzung	156
1. Grundsatz: Haftung für alle Schadensfolgen	156
2. Ausnahme	156
a) Grundaufklärung	157
b) Leichtere Schadensfolgen	157
3. Sonderfall	158
D. Verjährung	159
I. Gesetzliche Konzeption	159
II. Bestimmung des Beginns der Verjährungsfrist im Einzelfall	160
1. Haftung wegen Behandlungsfehler	160
2. Aufklärungsfehler	162
3. Schwebende Verhandlungen	162
4. Hemmung der Verjährung	163
E. Verfahrensfragen	165
I. Klageerhebung	165
1. Bestimmung des richtigen Beklagten	165
a) Haftungsgrundlage	165
b) Person des Beklagten	166

c) Auskunftsanspruch gegen Klinikträger hinsichtlich der Adresse des behandelnden Arztes	166
2. Substantiierungspflicht	167
3. Pflicht des Gerichts zur Beiziehung der Krankenunterlagen	172
4. Klageantrag	172
a) Schmerzensgeld	172
b) Feststellung	173
5. Vergleich	174
a) Doppelnatur	174
b) Annahme eines gerichtlichen Vergleichsvorschlags (§ 278 Abs. 6 Satz 1 Fall 2 ZPO)	175
II. Beweiserhebung	175
1. Selbständiges Beweisverfahren	175
a) Zulässigkeit	175
b) Substantiierung	178
c) Weiteres Verfahren	179
d) Kostenentscheidung	179
2. Zeugenbeweis	180
3. Parteivernehmung	181
a) Grundsatz	181
b) Vier-Augen-Gespräch	181
4. Sachverständigengutachten	182
a) Notwendigkeit der Einholung	182
b) Feststellung der Anknüpfungstatsachen	183
c) Pflicht des Gerichts zur Beiziehung von Krankenunterlagen	184
d) Pflicht des Sachverständigen zur Auswertung der Krankenunterlagen	184
e) Mündliche Anhörung des Sachverständigen	185
aa) Anhörung von Amts wegen	185
bb) Antrag auf Anhörung des Sachverständigen	186
cc) Protokollierung der Angaben des Sachverständigen	187
dd) Vorlage eines Privatgutachtens	188
ee) Einholung eines weiteren Gutachtens	189
ff) Schriftsatznachlass nach Anhörung des Sachverständigen	189
gg) Ablehnung des Sachverständigen wegen Befangenheit	190
hh) Ablehnung eines Sachverständigen wegen Vorbefassung	191
5. Schlussgehör	192

6. Zurückweisung verspäteten Vorbringens	192
a) Grundsatz	192
b) Verbot der Überbeschleunigung	193
c) Schriftsatznachlass	194
7. Verletzung des rechtlichen Gehörs	194
a) Grundsatz	194
b) Nichtbeachtung tatsächlichen Vorbringens	195
c) Pflicht zu Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	197
d) Subsidiarität	197
8. Richterliche Beweiswürdigung	198
9. Bindung an tatbestandliche Feststellungen	199
III. Gerichtliche Entscheidung	199
1. Einzelrichter	199
a) Originärer Einzelrichter	200
b) Obligatorischer Einzelrichter	200
c) Rechtsmittel	201
2. Zulässigkeit eines Teilurteils	201
a) Mehrere prozessuale Ansprüche	201
b) Mehrere Parteien	202
3. Rechtskraft	203
IV. Berufungsverfahren	204
1. Berufungseinlegung	204
2. Berufungsbegründung	205
a) Grundsätzliche Anforderungen	205
aa) Rüge fehlerhafter Rechtsanwendung	205
bb) Rüge fehlerhafter Tatsachenfeststellungen	205
b) Mehrere tragende Erwägungen	206
3. Bindung an Tatsachenfeststellungen	207
a) Rügeobliegenheiten	207
b) Wegfall der Bindungswirkung	208
aa) Konkrete Anhaltspunkte	208
bb) Zweifel an der Richtigkeit der Feststellungen	210
c) Schmerzensgeld	210
4. Zulassung neuen Vorbringens	211
a) Neuer Sachvortrag	212
b) Neue rechtliche Wertung durch Berufungsgericht	212
c) Fehlerhafte Prozessleitung des Erstgerichts	214
d) Keine Nachlässigkeit	215
5. Zurückverweisung	217
6. Einzelrichtereinsatz	217
a) Entscheidender Einzelrichter	217
b) Vorbereitender Einzelrichter	218

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XIX
7. Inhaltliche Fassung des Berufungsurteils	218
a) Tatbestand	218
b) Anträge	219
c) Entscheidungsgründe	219
Stichwortverzeichnis	221



beck-shop.de

 DIE FACHBUCHHANDLUNG